



154. Sitzung (Sondersitzung)

Düsseldorf, Mittwoch, 1. Dezember 2021

Mitteilungen des Präsidenten 3

1 Entschlossen die vierte Welle brechen.

Unterrichtung
durch die Landesregierung

In Verbindung mit:

**Die vierte Welle brechen! NRW muss
sofort handeln – entschlossen, konse-
quent und mit aller Kraft**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15781 3

In Verbindung mit:

**Feststellung der Anwendbarkeit von §
28a Absätze 1 bis 6 gemäß § 28a Ab-
satz 8 des Gesetzes zur Verhütung und
Bekämpfung von Infektionskrankhei-
ten beim Menschen (Infektionsschutz-
gesetz – IfSG)**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15793 3

Ministerpräsident Hendrik Wüst 3
Thomas Kutschaty (SPD) 6
Bodo Löttgen (CDU) 9
Verena Schäffer (GRÜNE) 13
Christof Rasche (FDP) 15
Markus Wagner (AfD) 18
Minister Dr. Joachim Stamp 21

Ergebnis 22

Entschuldigt waren:

Minister Karl-Josef Laumann
Minister Lutz Lienenkämper

Guido Déus (CDU)
Angela Erwin (CDU)
Anke Fuchs-Dreisbach (CDU)
Matthias Goeken (CDU)
Wilhelm Hausmann (CDU)
Dr. Christos Georg Katzidis (CDU)
Oliver Kehrl (CDU)
Kirstin Korte (CDU)
Olaf Lehne (CDU)
Ralf Nettelstroth (CDU)
Dr. Ralf Nolten (CDU)
Romina Plonsker (CDU)
Jochen Ritter (CDU)
Thorsten Schick (CDU)
Marco Schmitz (CDU)
Hendrik Schmitz (CDU)
Rüdiger Scholz (CDU)
Fabian Schruppf (CDU)
Rainer Spiecker (CDU)
Martin Sträßler (CDU)
Andrea Stullich (CDU)
Ulla Thönnissen (CDU)

Britta Altenkamp (SPD)
Sonja Bongers (SPD)
Christian Dahm (SPD)
Georg Fortmeier (SPD)
Hartmut Ganzke (SPD)
Gabriele Hammelrath (SPD)
Wolfgang Jörg (SPD)
Christina Kampmann (SPD)
Andreas Kossiski (SPD)
Hannelore Kraft (SPD)
Hubertus Kramer (SPD)
Carsten Löcker (SPD)
Dr. Dennis Maelzer (SPD)
Norbert Römer (SPD)
Prof. Dr. Karsten Rudolph (SPD)
Ina Spanier-Oppermann (SPD)
Marlies Stotz (SPD)

Frank Sundermann (SPD)
Alexander Vogt (SPD)
Serdar Yüksel (SPD)

Daniela Beihl (FDP)
Alexander Brockmeier (FDP)
Markus Diekhoff (FDP)
Marcel Hafke (FDP)
Henning Höne (FDP)
Christian Mangan (FDP)
Franziska Müller-Rech (FDP)
Thomas Nüchel (FDP)
Dr. Werner Pfeil (FDP)
Ulrich Reuter (FDP)
Susanne Schneider (FDP)

Berivan Aymaz (GRÜNE)
Andreas Becker (GRÜNE)
Sigrid Beer (GRÜNE)
Matthi Bolte-Richter (GRÜNE)
Wibke Brems (GRÜNE)
Stefan Engstfeld (GRÜNE)
Oliver Keymis (GRÜNE)
Arndt Klocke (GRÜNE)

Iris Dworeck-Danielowski (AfD)
Andreas Keith (AfD)
Thomas Röckemann (AfD)
Sven Werner Tritschler (AfD)
Gabriele Walger-Demolsky (AfD)

Alexander Langguth (fraktionslos)
Frank Neppe (fraktionslos)
Marcus Pretzell (fraktionslos)

Beginn: 13:02 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie alle herzlich willkommen zu unserer heutigen, 154. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen.

Mein GruÙ gilt den Gästen auf der Besuchertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien und den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Die Namen der für die heutige Sitzung entschuldig-ten Abgeordneten werden in das Protokoll aufgenom-men.

Vor Eintritt in die Tagesordnung: Die Einberufung des Landtags zur heutigen Sitzung erfolgte gemäß Art. 38 Abs. 4 der Landesverfassung in Verbindung mit § 21 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung auf Antrag der Abgeordneten der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Der Antrag stammt vom 29.11.

AuÙerdem hat der Chef der Staatskanzlei mit Schrei-ben vom 30.11. mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtigt, den Landtag zum Thema „Entschlos-sen die vierte Welle brechen.“ zu unterrichten.

Damit rufe ich auf:

1 Entschlossen die vierte Welle brechen.

Unterrichtung
durch die Landesregierung

In Verbindung mit:

Die vierte Welle brechen! NRW muss sofort handeln – entschlossen, konsequent und mit aller Kraft

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15781

In Verbindung mit:

Feststellung der Anwendbarkeit von § 28a Ab-sätze 1 bis 6 gemäß § 28a Absatz 8 des Geset-zes zur Verhütung und Bekämpfung von Infek-tionskrankheiten beim Menschen (Infektions-schutzgesetz – IfSG)

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15793

Der Chef der Staatskanzlei hat, wie eben schon ge-sagt, mit Datum vom 30. November mitgeteilt, dass die Landesregierung nun mit einer Unterrichtung den Landtag informiert. Die Unterrichtung erfolgt durch Herrn Ministerpräsidenten Wüst. Ihm erteile ich nun das Wort.

Hendrik Wüst^{*)}, Ministerpräsident: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Deutschland ist in einer schwierigen Situation. In einigen Teilen Deutschlands sehen wir dramatische Entwicklungen. Viele Expertinnen und Experten bewerten die aktu-elle Situation als kritischer als jemals zuvor in der Pandemie.

Schwere Wochen liegen noch vor uns; denn einige der Menschen, die sich aktuell infiziert haben, wer-den erst in ein paar Tagen und Wochen auf den In-tensivstationen behandelt werden. Das ist heute schon sicher und unumkehrbar.

Die Experten, mit denen wir uns austauschen, gehen davon aus, dass wir mit großer Wahrscheinlichkeit wieder in eine ähnliche Belastungssituation kommen werden wie vor einem Jahr, tendenziell nur früher. Dabei arbeiten Pflegekräfte, Ärztinnen und Ärzte schon heute an der Belastungsgrenze und darüber hinaus.

Intensivstationen – gerade in Bayern, Thüringen und Sachsen – sind jenseits ihrer Kapazitätsgrenzen. Sachsen verzeichnet aktuell eine Sieben-Tage-Inzi-denz von über 1.200, in der Sächsischen Schweiz liegt sie sogar bei 2.000.

In Nordrhein-Westfalen haben wir heute, Anfang De-zember, Inzidenzwerte, die Thüringen und Sachsen Ende Oktober und Bayern in der ersten November-woche erreicht hatten. Deswegen ist es wichtig, dass wir früher gehandelt haben und früher handeln.

(Beifall von der CDU und der FDP)

In den vergangenen Tagen ist der R-Wert, also die Reproduktionsrate, leicht gesunken. Heute liegt er in Deutschland bei 0,8 und in Nordrhein-Westfalen bei 0,94, also unter der entscheidenden Grenze 1. Aber wir dürfen uns nicht darauf verlassen, dass es so bleibt, und so knapp unter 1 ist auch noch nicht nied-rig genug.

Wir alle haben gelernt: Das Coronavirus ist ein schwieriger, ein anpassungsfähiger und damit auch ein extrem gefährlicher Gegner. Seit der vergange-nen Woche wissen wir von einer neuen Mutation; der zuerst in Südafrika entdeckten Omikron-Mutation. Seit heute Morgen wissen wir mit Sicherheit, dass die Mutante auch in Nordrhein-Westfalen angekommen ist. In Düsseldorf wurde der erste Fall bestätigt, und es gibt weitere Verdachtsfälle.

Das alles zeigt: Die Lage ist weiterhin ernst, auch bei uns in Nordrhein-Westfalen. Heute liegt die Inzidenz

bei uns auf einem Wert von 289,1. Deshalb forcieren wir unsere Schutzmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen weiter. Wir müssen jetzt die vierte Welle entschlossen und gemeinsam brechen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir sind gestern mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, der Bundeskanzlerin und dem Bundesminister Scholz digital zusammengekommen. Ich bin froh, dass wir jetzt endlich ein gemeinsames Verständnis über die Dringlichkeit der Situation haben, wenngleich ich bedaure, dass wir wegen des von Herrn Scholz vorgetragenen Wunsches nur ein informelles Verfahren gefunden haben und deshalb nicht zu Beschlüssen kommen konnten.

Aber morgen, also am Donnerstag, werden wir erneut zu einer formellen Ministerpräsidentenkonferenz zusammenkommen, um gemeinsam ein umfangreiches Paket zu beschließen. Dabei wird es insbesondere um folgende Punkte gehen: umfangreiche Kontaktbeschränkungen für Ungeimpfte, eine deutliche Reduktion bei Großveranstaltungen, eine Ausweitung von 2G, die kurzfristige Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht zum Schutz besonders vulnerabler Personengruppen und Vorbereitung einer allgemeinen Impfpflicht.

Ich bin überzeugt, dass dieser gemeinsame Weg von Bund, Ländern und – diese nehme ich ausdrücklich hinzu – Kommunen der einzig richtige Weg aus dieser Krise ist.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das hat auch sehr viel mit Akzeptanz in der Bevölkerung zu tun, wenn die staatlichen Ebenen gemeinsam miteinander arbeiten. Dafür werde ich mich als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz auch weiter einsetzen.

Gerade beim Thema „Kontaktbeschränkungen“, die jetzt wieder auf der Agenda stehen, ist es für die Akzeptanz nicht dienlich, dass beispielsweise in Münster bei vergleichbaren Entwicklungen völlig andere Regeln gelten als in Osnabrück. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns zu Recht Klarheit und Einigkeit. Deshalb setze ich auf die gemeinsame Schlagkraft der Länder und des Bundes.

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber gestern weitreichende Befugnisse bei der Pandemiebekämpfung zugestanden. Jetzt kommt es darauf an, dass der Bund diese Möglichkeiten nutzt. Es ist gut, dass Herr Scholz erklärt hat, dass er bereit ist, nachzubessern und das Infektionsschutzgesetz des Bundes zu überarbeiten. Das ist besonders wichtig für die Bundesländer mit exorbitant hohen Infektionszahlen. Er hat zugesagt, dass auch nach dem 15. Dezember der bewährte Instrumentenkasten des Infektionsschutzgesetzes zur Verfügung stehen wird.

Vor dem Hintergrund der Beratungen von Bund und Ländern gestern und mit Experten heute haben wir im Kabinett konkret erörtert, welche Maßnahmen wir in Nordrhein-Westfalen ergreifen wollen. Nach dem MPK-Beschluss morgen werden wir neue Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung auch auf dem Verordnungswege umsetzen. Dazu zählt zum Beispiel die Schließung von Clubs und Diskotheken. Wir werden auch an die Großveranstaltungen herangehen. Fußballspiele wie zuletzt in Köln mit mehr als 50.000 Zuschauerinnen und Zuschauern – größtenteils gegen die Anordnung ohne Maske – darf und wird es in Nordrhein-Westfalen nicht noch einmal geben.

Gute Konzepte sind nur so gut wie ihre praktische Umsetzung. Wir werden deshalb bei großen Veranstaltungen die Kapazität deutlich reduzieren; denn entscheidend ist, dass am Ende die Schutzmechanismen funktionieren, und das ist bei geringeren Kapazitäten deutlich besser zu gewährleisten.

Ich will noch einmal gesondert auf die Kinder und Jugendlichen eingehen. Mit der Omikron-Variante hat sich die Unsicherheit noch einmal erhöht. Wir haben deshalb entschieden, noch vorsichtiger zu sein. Konzentrierte Wachsamkeit ist weiter das Gebot der Stunde. Deshalb werden wir wieder die Maskenpflicht an den Schulen einführen. Mir ist besonders wichtig, dass Kinder und Jugendliche weiter zur Schule gehen können. Unterricht, Bildung – das ist das Wichtigste, was wir jetzt hier zu verteidigen haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dafür müssen unsere Schulen weiter sichere Orte bleiben. Wir werden deshalb auch weiterhin sehr, sehr viel testen. Nirgendwo sonst in Deutschland wird in Schulen so viel getestet wie in Nordrhein-Westfalen, und dabei bleibt es auch.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Gerade in der Woche vor Weihnachten werden wir die Testintensität noch einmal erhöhen. Das ist mir mit Blick auf die Weihnachtstage besonders wichtig.

Außerdem ist Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann in Gesprächen mit den Kinderärzten. Auch wenn die meisten Kinder eine Coronaerkrankung ohne schwerwiegende Symptome überstehen, sind einige doch schwer betroffen, und Spätfolgen sind zu befürchten. Deshalb wollen wir Kindern von 5 bis 12 Jahren so schnell wie möglich ein Impfangebot unterbreiten.

Der Weg raus aus der Pandemie heißt für uns Verantwortung, Solidarität und Zusammenhalt. Verantwortung heißt zuerst einmal Verantwortung und Vertrauen in die Menschen, denn die große Mehrzahl der Menschen übernimmt Verantwortung für sich und andere. Gerade deshalb heißt Verantwortung des Staates auch, zu kontrollieren und bei Verstößen zu ahnden, und zwar all diejenigen, die ihrer

Verantwortung für sich und andere nicht nachkommen. Wer zulasten der Gesundheit betrügt, verdient keine Toleranz.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Solidarität heißt, sich impfen und boostern zu lassen. Impfen ist und bleibt das entscheidende Mittel im Kampf gegen Corona. Ich sage klar: Die aktuell schwierige Situation haben vor allen Dingen die Ungeimpften verursacht. Der Blick auf die Intensivstationen zeigt das leider in nicht weglegbarer Klarheit. Die Mehrheit der Erkrankten in den Krankenhäusern ist nicht geimpft. Diejenigen Erkrankten, die geimpft sind, sind zumeist vorerkrankt oder hochbetagt oder beides.

Die Situation ist angespannt. Deshalb steht zu befürchten, dass in ersten Regionen planbare Operationen verschoben werden müssen. Auch das ist eine Folge davon, dass zu viele Menschen nicht geimpft sind.

In Nordrhein-Westfalen sind 75 % der Menschen einmal geimpft und 71 % vollständig geimpft. Das ist mehr als in anderen Ländern. Dennoch sind aktuell noch rund anderthalb Millionen Menschen über 12 Jahre in Nordrhein-Westfalen ohne jeglichen Impfschutz. Diese Zahl ist nach wie vor zu groß, wenn wir das Virus stoppen wollen. Deshalb machen wir hier gemeinsam Tempo. Beim Ausbau der Impfungen sind ganz besonders die Kommunen sehr, sehr engagiert, und dafür möchte ich den Kommunen ganz herzlich Danke schön sagen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich habe vergangene Woche ein Drive-in-Impfangebot auf dem Gelände der LANXESS arena besucht, wo zusätzlich 1.000 Menschen pro Tag geimpft werden sollen. In Köln will man das Impfangebot in sehr kurzer Zeit von 3.000 auf 15.000 Menschen pro Tag hochfahren.

Ich danke auch den vielen Ärztinnen und Ärzten und ihren Teams, die Sonderschichten fahren, um noch mehr Menschen zu impfen. Wir alle kennen es aus unseren Heimatregionen, dass auch viel an den Wochenenden geimpft wird. Ganz herzlichen Dank dafür.

Bei der Booster-Impfungen kommen wir sehr gut voran. Allein vorgestern, am Montag, erfolgten 270.000 Auffrischungsimpfungen in Nordrhein-Westfalen.

Ich appelliere aber noch einmal an all jene, die noch zögern: Lassen Sie sich impfen und lassen Sie sich boostern! Ein besseres Weihnachtsgeschenk als den Schutz Ihrer Gesundheit und den Gesundheitsschutz Ihrer Liebsten kann man gar nicht machen. Nutzen Sie die Chancen, die überall angeboten werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich sage aber auch: Wir brauchen eine Impfpflicht. Im ersten Schritt brauchen wir eine einrichtungsbezogene Impfpflicht, um insbesondere die vulnerablen Gruppen schnellstmöglich noch besser zu schützen, und im zweiten Schritt auch eine allgemeine Impfpflicht. Wir haben unisono immer gesagt: Das kann nur das letzte Mittel sein. – Wir haben in den vergangenen Wochen und Monaten allerdings auch gesehen,

(Christian Loose [AfD]: Dass Impfen nicht wirkt!)

dass nicht alle Menschen das Prinzip der Freiwilligkeit für die Freiheit und Gesundheit aller mitgehen wollen. Wir haben an die Menschen appelliert. Wir haben einfache Impfangebote geschaffen. Wir haben informiert. Aber wir sehen, dass sich noch nicht alle haben überzeugen lassen. Ich bin daher froh, dass der Bund die Weichen für eine Impfpflicht stellt, sage aber auch dazu: Es muss jetzt zügig, aber auch mit Sorgfalt vorangehen.

Dabei will ich noch einmal deutlich sagen: Es geht um eine Impfpflicht und keinen Impfwang.

(Lachen von der AfD)

Und gerade weil wir diesen Weg gehen müssen,

(Helmut Seifen [AfD]: Ich bitte Sie, Herr Ministerpräsident! Das ist doch albern! Jetzt ist aber gut!)

ist es so wichtig, dass wir den Zusammenhalt nicht aus dem Blick verlieren.

(Helmut Seifen [AfD]: Das kann ja wohl nicht wahr sein!)

Zusammenhalt heißt füreinander einstehen, und das meint nicht nur das Impfen, sondern auch die Unterstützung unserer Nachbarn und der anderen Bundesländer.

In Nordrhein-Westfalen sind die aktuelle Infektionslage und die Situation auf den Intensivstationen weit aus weniger dramatisch als in Bayern, in Sachsen und in Thüringen. Deshalb können wir helfen, und deshalb helfen wir. Grundlage ist das sogenannte Kleeblattsystem für eine bundesweite Verteilung von Patientinnen und Patienten aus einzelnen Regionen, in denen eine Überlastung von Krankenhäusern droht oder schon eingetreten ist. Deshalb wurden am vergangenen Samstag bereits Schwererkrankte mit der Luftwaffe von Bayern aus nach Nordrhein-Westfalen geflogen, und heute Nachmittag werden sechs weitere schwererkrankte Coronapatienten aus Dresden in unser Land gebracht.

Wir können helfen. Deshalb helfen wir. Das ist für Nordrhein-Westfalen selbstverständlich. Verantwortung, Solidarität und Zusammenhalt – ich bin sicher, dass es uns damit gelingen wird, die vierte Welle zu brechen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Wüst. – Damit eröffne ich die Aussprache und erteile als erstem Redner für die SPD Herrn Fraktionsvorsitzenden Kutschaty das Wort.

Thomas Kutschaty^{*)} (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Coronapandemie ist in eine neue Phase eingetreten. Die Gefährdung der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen ist heute größer, als sie es jemals gewesen ist. Doch das Krisenmanagement dieser Landesregierung wird dem Ernst der Lage nicht gerecht, und auch die heutige Unterrichtung hat es deutlich gemacht: Diese Landesregierung agiert

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gar nicht!)

zu zögerlich. Die bisherigen Maßnahmen erweisen sich als untauglich. Eine Kurskorrektur ist dringend erforderlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Deswegen ist es auch gut, dass die Opposition diese Sondersitzung heute beantragt hat. Ich möchte einmal daran erinnern: Vor genau einer Woche haben wir hier einen Antrag zur Abstimmung gestellt, mit dem man die pandemische Lage in Nordrhein-Westfalen gemeinsam hätte beschließen können.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Ja!)

Mit diesem Beschluss wäre es möglich gewesen, dass die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen weitere Instrumente des Bundesinfektionsschutzgesetzes hätte nutzen können. Die Koalitionsfraktionen haben das letzte Woche abgelehnt. Das ist erst eine Woche her. Seitdem haben sich weitere 52.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen mit Corona infiziert, und laut dem Robert Koch-Institut werden davon 400 Menschen in den nächsten Wochen sterben.

Nun legten Sie heute, vor wenigen Minuten, einen solchen Antrag zur Feststellung der pandemischen Lage vor. Welche Erkenntnis ist heute anders als vor einer Woche? Wir haben unnötig Zeit verloren, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Alle Expertinnen und Experten warnen uns – sie flehen uns mittlerweile sogar schon an –: Unser Gesundheitssystem steht kurz vor dem Zusammenbruch. Wenn die Anzahl der Neuinfektionen nicht schnellstens gesenkt wird, droht uns schon in wenigen Wochen eine Überbelastung unseres Gesundheitssystems. Die Intensivstationen können dann nicht mehr alle Patientinnen und Patienten aufnehmen.

Die vierte Welle ist die schlimmste von allen. Sie trifft auch Nordrhein-Westfalen mit einer ganz gehörigen Wucht. Seit der Gründung unseres Landes ist das,

wie ich meine, die größte Herausforderung, die wir jemals gemeinsam zu meistern hatten. Doch bisher hat niemand den Eindruck, dass dieser Ministerpräsident und diese Regierung dieser großen Herausforderung tatsächlich gewachsen sind.

(Beifall von der SPD und Verena Schäffer [GRÜNE])

Ihre heutigen Worte, Herr Wüst, haben es wieder bewiesen: Ihr Krisenmanagement ist hilflos, Ihre Kommunikation ist chaotisch, und Ihr politisches Gebaren auf Bundesebene ist sehr taktisch. Was soll man von einem Ministerpräsidenten halten, der in ein und demselben Interview erklärt, dass ein weiterer Lockdown unbedingt verhindert werden müsse, aber dass 50.000 Fans in einem Fußballstadion noch vertretbar seien? Was soll man von einem Ministerpräsidenten halten, der erst 50.000 Fans in einem Fußballstadion für vertretbar hält, vier Tage später aber sagt, dass er solche Bilder er nicht mehr sehen wolle?

Nicht einmal der gesundheitspolitische Sprecher Ihrer Fraktion, Herr Preuß, hat das verstanden. Ich empfehle Ihnen, sich das Interview von Herrn Preuß im Deutschlandfunk anzuhören. Da hat er gesagt:

„Ich bin mir sicher, dass eine solche Genehmigung, wie sie wohl erteilt worden ist, heute, unter den Bedingungen, die wir jetzt kennen, nicht erteilt worden wäre.“

(Zuruf von der CDU)

Ich frage Sie: Welche Bedingungen kannte man denn vor dem Spiel am vergangenen Wochenende nicht? Immerhin haben Sie, Herr Wüst, jetzt erkannt, dass es solche vollen Stadion nicht mehr geben kann. Aber das ist keine Politik mit Maß und Mitte, das ist eine Politik mit zweierlei Maß innerhalb von wenigen Tagen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Jochen Klenner [CDU])

Man hat den Eindruck, dass Sie Pandemiebekämpfung nach Presselage machen. Das aber ist der Ernsthaftigkeit dieses Themas überhaupt nicht angemessen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Heinrich Frieling [CDU])

Die Wahrheit ist doch: Dieses Spiel am vergangenen Wochenende hätte nie stattfinden dürfen. Aber weder Herr Wüst noch Herr Laumann hatten den Mut, ein Verbot auszusprechen. Das ist doch symptomatisch für das Krisenmanagement dieser Regierung. Sie stellen sich Ihrer Verantwortung nicht. Sie verweigern sich der Verantwortung. Sie gehen der Verantwortung aus dem Weg. Dazu sage ich eines: Wer nicht den Mut hat, 50.000 Fußballfans zu enttäuschen, hat nicht die Führungsstärke, 18 Millionen Bürgerinnen und Bürger durch diese Pandemie zu bringen.

(Anhaltender Beifall von der SPD)

Ich bin mir nicht sicher: Mangelt es Ihnen an Kompetenz? Mangelt es Ihnen an Entschlossenheit? Mangelt es Ihnen vielleicht an beidem? – Das ist schlecht, das eine wie das andere.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Als Ministerpräsident muss man den Mut aufbringen, auch mal unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Dafür sind Sie gewählt, das ist verdammt noch mal Ihre Pflicht und Bürde, die Sie zu erfüllen und zu tragen haben, Herr Wüst.

(Beifall von der SPD)

Was überhaupt nicht geht, und was Sie heute wieder in völlig unanständiger Weise versucht haben, ist, Verantwortung nach Berlin abzuschieben, Herr Wüst.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Ja!)

Sie haben wieder versucht, sich hinter dem Bund zu verstecken.

(Zuruf von der CDU: Unsinn!)

Sie haben immer gesagt: Das Virus akzeptiert keine Regierungspause. –Das sagen Sie immer. Das ist wohl wahr. Aber warum gönnt sich ausgerechnet Ihr Kabinett eine Freistunde?

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Eine Bund-Länder-Unterrichtung oder -Aussprache wird für Dienstag angesetzt, und prompt fällt am Dienstag die Kabinettsitzung aus. Warum? Ihr Kabinett hätte schon gestern alle weitreichenden Entscheidungen treffen können, die Sie heute nur sachte angedeutet haben.

Olaf Scholz ist noch nicht zum Bundeskanzler gewählt, und er soll das durchsetzen, was sich der NRW-Ministerpräsident nicht traut.

(Zurufe von der CDU)

Oder anders gesagt: Herr Wüst möchte, dass ihn der nächste Bundeskanzler auf den Arm nimmt und sicher durch die Krise trägt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Jochen Klenner [CDU])

Das wird aber Ihre Führungsschwäche nicht überdecken. Der Tag gestern hat es gezeigt: Am Ende wird Olaf Scholz das sogar machen. Der Mann weiß, was Führung heißt, anders als der Ministerpräsident von Nordrhein- Westfalen

(Lautes Lachen und Zurufe von der CDU – Beifall von der SPD)

Wenn Sie sich so empören, ...

(Unruhe – Glocke)

Wenn Sie sich so empören,

(Bernd Krückel [CDU]: Nein, wir lachen uns kaputt! – Weitere Zurufe von der CDU)

dann sage ich Ihnen: Der Deutsche Bundestag hat Ihnen mit dem neuen Bundesinfektionsschutzgesetz weitreichende Kompetenzen eingeräumt, mit Olaf Scholz an der Spitze.

(Zuruf)

Sie haben diese Kompetenzen eine Woche lang nicht nutzen wollen. Jetzt heulen Sie doch nicht, dass Sie die Kompetenzen haben und heute nachlegen müssen.

(Beifall von der SPD)

Alles, was Sie, Herr Wüst, heute angekündigt haben – Kontaktbeschränkungen für Ungeimpfte, 2G im Einzelhandel, Clubs und Diskotheken schließen, große Konzerte oder Sportveranstaltungen so nicht mehr zuzulassen –, hätten Sie mit Mut und Führungsstärke für Nordrhein-Westfalen längst beschließen können. Dazu braucht es keine MPK, dazu braucht es keines Beschlusses eines Deutschen Bundestages.

(Beifall von der SPD, Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Norwich Rüße [GRÜNE])

Wir wären in der Bekämpfung der Pandemie schon längst weiter, hätten Sie nicht über Wochen und Monate hinweg wissenschaftlichen Rat ignoriert. Herr Ministerpräsident, Sie wussten, dass die Aussetzung der Maskenpflicht im Unterricht ein Fehler war und haben es trotzdem erst heute korrigiert. Das war ein großer Fehler.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

Schon im Oktober hatte die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin eindringlich vor dem Ende einer Maskenpflicht im Unterricht gewarnt, denn neben dem Testen war es die Maskenpflicht, die die Ansteckungsgefahr in den Schulen in Grenzen gehalten hat.

(Helmut Seifen [AfD]: So ein Schwachsinn! Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Herr Wüst, Frau Gebauer, Ihre Entscheidung war grob falsch. Es ist gut und richtig, dass Sie diesen Fehler jetzt korrigieren.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Dafür haben Sie unsere Unterstützung. Aber ich erinnere noch einmal daran: Erst am 5. November mussten wir uns für unsere Aktuelle Stunde, in der wir die Wiedereinführung der Maskenpflicht beantragt haben, aus den Kreisen der regierungstragenden Fraktionen anschreien und beschimpfen lassen.

(Zuruf von der CDU)

Wie dem auch sei: Wir unterstützen, dass das jetzt passiert.

Aber eine Erklärung hätte ich mir von Ihnen, Herr Wüst, gewünscht: Der Pressemitteilung, die ein paar Minuten vor Beginn unserer Plenarsitzung hier eingetrudelt ist, ist zu entnehmen, dass Sie die Quarantäneregeln für Schülerinnen und Schüler verändern. Bitte erläutern Sie, was Sie da verändern. Warum gelten die bisherigen Quarantäneregeln an Schulen nicht mehr? Was verbirgt sich dahinter? Ich finde, die Menschen in den Schulen haben einen Anspruch darauf, von ihrer Landesregierung zu erfahren, was da heute im Kabinett verabschiedet worden ist und auf was man sich verlassen kann.

(Beifall von der SPD)

Sie haben im Kabinett heute wenigstens Maßnahmen für Schulen beschlossen und alles andere erst mal wieder vertagt. Da hätte ich mir gewünscht, Sie hätten sich im Zusammenhang mit schulpolitischen Maßnahmen heute auch endlich mal dazu durchringen können, für die Schülerinnen und Schülern in unseren Schulen Luftfilter zentral zu organisieren.

(Beifall von der SPD)

Bis heute sind geöffnete Fenster bei 3° C Außentemperatur die einzige Präventionsmaßnahme für saubere Luft in unseren Klassenräumen. Ich befürchte, hier im Landtag stehen mehr Luftfilter als an allen Düsseldorfer Schulen zusammen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Die Schärfe der Kritik heute ist nötig. Sie ist leider auch nicht überflüssig; denn wir müssen uns unserer Verantwortung gemeinsam stellen, gerade die Landesregierung muss sich ihrer Verantwortung stellen.

Seit gestern haben wir rechtliche Klarheit. Das Bundesverfassungsgericht hat es in seiner Entscheidung zur Bundesnotbremse sehr deutlich formuliert: Sowohl der Lebens- und Gesundheitsschutz als auch die Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems sind bereits für sich genommen überragend wichtige Gemeinwohlbelange und daher verfassungsrechtlich legitimes Gesetzeswerk.

Aus Art. 2, der den Schutz des Einzelnen vor Beeinträchtigung seiner körperlichen Unversehrtheit, seiner Gesundheit umfasst, kann zudem eine Schutzpflicht des Staates folgen, die eine Vorsorge gegen Gesundheitsbeeinträchtigungen umfasst.

Mit anderen Worten: Im Augenblick der großen Gefahr hat eine Regierung nicht nur das Recht, einschneidende Maßnahmen zu treffen, sie hat sogar die Pflicht dazu. – Nehmen Sie Ihre Pflicht endlich wahr, Herr Wüst.

(Beifall von der SPD)

Selbstverständlich ist das Gebot der Verhältnismäßigkeit und der Angemessenheit nicht aufgehoben. Auch Schulschließungen sind nur in sehr eingeschränktem Rahmen zulässig,

(Bodo Löttgen [CDU]: Ah!)

nämlich immer nur dann, wenn keine anderen Maßnahmen ergriffen werden.

Deswegen sage ich es noch einmal deutlich: Nutzen Sie alle anderen Maßnahmen, um Schulschließungen zu verhindern.

Dazu gehört ein umfangreiches Testen – nicht nur jeden zweiten Tag. Die Experten sagen uns heute, es sei um ein Vielfaches sicherer, wenn wir an den Schulen täglich testeten und Luftfilter hätten. Das ist auch im Rahmen der Verhältnismäßigkeit jetzt zu veranlassen, damit wir anschließend nicht Schulschließungen verantworten müssen, Frau Gebauer.

(Beifall von der SPD)

In einer Krise muss man unpopuläre Entscheidungen treffen und auch dazu stehen. Für meine Fraktion ist klar, was jetzt zu tun ist. Viele Infektionen insbesondere im Wochenendbereich machen deutlich, dass es im Freizeitverhalten am Wochenende ein erhöhtes Ansteckungsrisiko gibt. Clubs, Bars und Diskotheken müssen daher sofort geschlossen werden, und zwar für Geimpfte wie für Ungeimpfte. Wir müssen selbstverständlich darauf achten, dass die Betreiberinnen und Betreiber entschädigt werden.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Der Zugang zum Einzelhandel muss – mit Ausnahme des Einzelhandels für den täglichen Bedarf – auf Geimpfte und Genesene beschränkt werden. Und diese Regel ist auch streng zu kontrollieren.

Bei Ungeimpften muss die Zahl der privaten Kontakte deutlich eingeschränkt werden. Sie sollte ebenfalls für die kommenden vier Wochen auf zwei Haushalte und maximal zehn Personen – manchmal hört man sogar „auf maximal fünf Personen“; meinetwegen, auch damit einverstanden – beschränkt sein.

Große Sportveranstaltungen vor Publikum – insbesondere Bundesligaspiele – darf es vorerst nicht geben.

Ich möchte eindrücklich warnen. Wenn Sie beim Spiel in Dortmund am Wochenende die Kapazität auf ein Drittel reduzieren, dann heißt das immer noch 30.000 Menschen im Dortmunder Stadion. Ich weiß nicht, wie 30.000 Menschen in Bus und Bahn sicher ins Stadion kommen, dort verweilen und zurückkommen können.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Deswegen müssen Sie hier den Mut aufbringen und sagen: In diesen Tagen dürften Großveranstaltungen

dieser Art im Sportbereich nicht mit Publikum stattfinden.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Ralph Bom-
bis [FDP])

Von überragender Bedeutung ist die Schließung der Impfklücke. Deswegen freue ich mich über die deutliche Aussage, eine allgemeine Impfpflicht einführen zu wollen. Das haben wir schon vor einigen Tagen so deutlich gesagt.

Was jetzt aber kommen muss, ist, dass das Land eine Impfinfrastruktur schafft. Sie können nicht nur eine Impfpflicht einführen. Vielmehr müssen deutlich mehr Angebote für Erst- und Boosterimpfungen geschaffen werden.

Hinzu kommen die jetzt bevorstehenden Impfungen von Kindern im Alter von 5 bis 11 Jahren. Der Ansturm wird enorm sein. Wir hören jetzt, dass Kinderärztinnen und Kinderärzte das alleine nicht organisieren und schaffen können. Bei Kindern gibt es notwendigerweise eine besondere Aufklärungspflicht. Fangen Sie damit an. In Rheinland-Pfalz wird schon jetzt aufgeklärt. Ab heute können in Rheinland-Pfalz Termine vereinbart werden. So geht das, so müsste man es auch in Nordrhein-Westfalen machen.

(Beifall von der SPD)

Sie schauen ja immer so gerne nach Berlin, Herr Wüst. Eines hat Herr Scholz Ihnen gestern doch noch mal deutlich gemacht: Was hilft in dieser Situation? Herr Scholz hat, obwohl er noch gar nicht Kanzler ist, einen Krisenstab eingerichtet. Ich finde, es ist an der Zeit, auch in Nordrhein-Westfalen endlich einen solchen Krisenstab einzurichten.

(Beifall von der SPD und Verena Schäffer
[GRÜNE])

Der könnte dann zum Beispiel die Impfdosen verteilen, die Impforganisation überhaupt auf den Weg bringen und schauen, dass zusätzliche Stationen mit Impfangeboten geschaffen werden. Das wäre eine wichtige Aufgabe für einen Krisenstab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können – davon bin ich fest überzeugt – die vierte Welle brechen und eine fünfte Welle verhindern. Viele der Maßnahmen, die dafür erforderlich sind, kann das Land selbst erlassen. Weil wir es selbst können, müssen wir es jetzt auch tun. Warten wir nicht länger, tun wir unsere Pflicht – jetzt, hier und heute! – Herzlichen Dank.

(Langanhaltender Beifall von der SPD – Ver-
einzelt Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kutschaty. – Für die CDU spricht ihr Fraktionsvorsitzender Herr Löttgen.

Bodo Löttgen* (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn ich mir schon gestern Beschlüsse gewünscht hätte, hat das informelle Treffen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin und Olaf Scholz ein Ergebnis. Es ist gut und richtig, dass man nun morgen, eine Woche früher als ursprünglich geplant, zu einer MPK zusammenkommt, um den bundeseinheitlichen Rahmen der möglichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie zu überprüfen und wo notwendig anzupassen

Lasst uns jedoch mit Blick auf unser Land einfach mit der Feststellung dessen beginnen, was ist. Da lautet der schlichte Befund: Nordrhein-Westfalen meistert die Herausforderungen der vierten Welle weit besser als die Mehrzahl anderer Bundesländer.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Oder um es mit den Worten der DGB-Vorsitzenden Anja Weber zu sagen: „Wir sind in NRW ja zum Glück noch in einer anderen Situation als andere Bundesländer.“

(Zuruf von Sarah Philipp [SPD] – Zuruf von der
SPD: Zitieren Sie mehr aus dem Internet!)

Wir sind in Nordrhein-Westfalen weiterhin vor der Lage. Wir sind vor der Welle. Wir haben noch Kapazitäten in den Krankenhäusern. Wir nehmen Patienten auf. Dies ist für Nordrhein-Westfalen eine schiere Selbstverständlichkeit, denn wir sind solidarisch mit denen, die jetzt Hilfe brauchen.

(Zuruf von der SPD: Noch nicht mal zitierfähig!)

Mit 13,18 % Belegung der Intensivbetten stehen wir im Moment besser da, als zwölf andere Bundesländer. Ich freue mich, dass es unsere Situation erlaubt, Ländern wie Sachsen mit 40 %, Bayern mit 33 % oder Thüringen mit 31 % Auslastung zu helfen. Ich bin dankbar für alle medizinischen und Pflegekräfte, die selbst dies noch möglich machen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von
der FDP)

Daher ist für mich das Ergebnis der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst befriedigend, aber nicht gut. Die Erhöhung der Intensiv- und Infektionszulage für Pflegekräfte in den Krankenhäusern auf 150 Euro und die daraus resultierenden 230 Euro pro Monat mehr – zusätzlich zu einer Einmalzahlung von 1.300 Euro – ist gut. Es zeigt Wertschätzung, soweit sie in einem Tarifvertrag abzubilden ist. Das ist befriedigend, aber leider noch nicht gut.

Dass Nordrhein-Westfalen jetzt verhältnismäßig gut dasteht, ist auch unserer erfolgreichen Impfkampagne geschuldet: Platz eins der großen Flächenländer. Rund 72 % sind heute Morgen vollständig geimpft. Es haben bereits 2,4 Millionen Menschen – Stand: heute Morgen – eine Boosterimpfung bekom-

men. Dies sind 23,5 % aller bundesweiten Boosterimpfungen.

Bei der besonders vulnerablen Gruppe 60 plus liegt NRW mit einer Boosterquote von 28,2 über dem Bundesdurchschnitt von 26, und wir nähern uns der Zahl von 1 Million Auffrischungsimpfungen pro Woche an.

Wir haben vor der Empfehlung der STIKO bei vulnerablen Gruppen angefangen, und genau das, lieber Karl-Josef, zahlt sich jetzt Gott sei Dank aus.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Dass Nordrhein-Westfalen verhältnismäßig gut da steht, liegt auch an der Zahl der Testungen: Zwischen 350.000 und 400.000 POC-Bürgertestungen gibt es in NRW pro Tag. Am Wochenende ging es hoch auf 500.000. Pro Woche werden an den Schulen zur Zeit rund 2,5 Millionen PCR-Tests und 79.000 Pool-PCR-Testungen durchgeführt. Dazu kommen 1 Million Tests bei nicht geimpften Arbeitnehmern pro Tag.

Bei uns gilt bereits jetzt: 3G am Arbeitsplatz, 2G in Museen, Zoos, Kinos, Schwimmbädern, auf Weihnachtsmärkten, 2G plus bei Karnevalsveranstaltungen, in Clubs, Diskotheken und bei privaten Feiern mit Tanz wie Geburtstage und Hochzeiten.

Dass Nordrhein-Westfalen verhältnismäßig gut da steht, ist für mich daher das Ergebnis erfolgreichen Regierungshandelns.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD: Oh!)

Wenn nämlich dieser Befund angeblich das Ergebnis von Glück, Chaos, Führungsschwäche oder Zickzackkurs ist – wie Sie, Herr Kutschaty, und die SPD es hier immer wieder mantrahaft vortragen –, dann empfehle ich dringend die Fortsetzung dieser Politik, denn sie bringt uns gut durch diese Krise; egal mit welchen Attributen uns die Opposition versieht.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Beifall von der CDU und der FDP)

Sehr geehrter Herr Kollege Kutschaty, Sie verwechseln Pandemie mit Panikmache.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Jetzt sind Vorsicht und Entscheidungen, die dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Rechnung tragen, angesagt und nicht Ihr Alarmismus, den Sie jede Woche hier verbreiten.

Verlangen Sie von dieser Landesregierung doch nicht immer Maßnahmen, die Sie selbst in Regierungsverantwortung dann nicht treffen würden, wenn Sie in einer vergleichbaren Situation wären.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Vielleicht fangen Sie mal mit Mut und Führungsstärke damit an, der geneigten Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland mitzuteilen, wer denn neuer Gesundheitsminister dieser Republik wird.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD: Oh! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wir haben einen!)

Nicht weil die Öffentlichkeit scharf darauf ist zu erfahren, warum der Parteitag Karl Lauterbach ablehnt, sondern weil diese Krise eine geordnete Amtsübergabe verlangt, die nicht von einem SPD-Parteitag abhängig sein darf.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke)

– Ich kann verstehen, dass Sie bei dem Thema unruhig werden. Keine Sorge.

Zurück zu dem Alarmismus, der sich gerade auch in der SPD-Fraktion zeigt. Den möchte ich Ihnen an zwei Beispielen aufzeigen.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Sie, sehr geehrter Herr Kutschaty, haben dem Westfalen-Blatt am 29.11. gesagt: Auch Schulen sind Infektionstreiber. – Fakt ist: Kinder und Jugendliche stecken sich hauptsächlich außerhalb der Schulen an. Schulen sind keine großen Infektionstreiber. Im Gegenteil: Sie helfen durch das viele Testen, Masken und Hygiene, die Infektionen unter Kindern zu kontrollieren.

Wenn Sie mir nicht glauben: Vor wenigen Tagen ist eine Studie des Instituts zur Zukunft der Arbeit erschienen.

(Sven Wolf [SPD]: Morgen!)

Dort zeigen Wissenschaftler, dass die Schulen keine Infektionstreiber sind. Im Gegenteil: Die regelmäßigen Testungen in den Schulen identifizieren COVID-Infektionen bei den häufig asymptomatisch verlaufenden Infektionen bei Kindern und können dazu beitragen, Infektionsketten zu durchbrechen. Hinzu kommt, dass die Schüler Hygieneregeln und – zumindest in der Oberstufe – das Tragen von Masken meist konsequent durchziehen.

Das Sein der SPD bestimmt das Bewusstsein. Am Beginn des Jahres haben alle Kultusminister – auch die Regierungschefs der SPD: von Frau Schwesig bis zu Herrn Woidke – zu Protokoll gegeben: Schulen sind keine Infektionstreiber. Von ihnen geht in der Pandemie keine Gefahr aus.

Heute belegen aktuelle Studien, dass es exakt so ist. SPD und Grüne in der Opposition wollen es aber nicht zur Kenntnis nehmen.

(Sarah Philipp [SPD]: Deswegen haben wir die Maskenpflicht gefordert!)

Nicht weil es nicht richtig wäre, sondern weil es Ihnen nicht ins politische Konzept passt. Das ist Politik der unredlichen Art.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Schauen wir uns die aktuellen Forderungen von Thomas Kutschaty und der SPD an.

(Sarah Philipp [SPD]: Gute Idee!)

Erstens. Schließung von Bars, Clubs und Diskotheken – können wir heute erledigen mit Beschluss dieses Landtags zur Wirksamkeit der Öffnungsklausel des § 28a IFSG.

(Sven Wolf [SPD]: Das hätten wir letzte Woche schon machen können!)

– Haben Sie den Antrag letzte Woche eingebracht? – Haben Sie nicht. Sie wollten die epidemische Lage erklären. Das ist etwas ganz anderes.

(Zurufe von der SPD)

Zweitens. Strengere Kontaktbeschränkungen für Ungeimpfte: Nicht geimpfte Personen sollen sich nur noch maximal mit zwei Haushalten und höchstens zehn Personen treffen können.

(Helmut Seifen [AfD]: Wegsperren!)

Mit Verlaub, Herr Kutschaty: Zehn Personen? Ein Privileg für Ungeimpfte? Ich persönlich hätte von Ihnen mehr Wertschätzung für Geimpfte und Gene-sene und mehr Anreize für Impfverweigerer erwartet.

(Christian Loose [AfD]: Also noch mehr!)

Drittens. Keine Großveranstaltungen mehr und Fußballspiele sollen nur noch ohne Publikum laufen. Ich will ein bisschen mehr auf diesen letzten Punkt eingehen, weil er ja heiß in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Vor allem auch, weil Sie sich da offensichtlich mit Markus Söder einig sind. Denn er sagte gestern Morgen:

„Es macht auf absehbare Zeit keinen Sinn, wieder Zuschauer zuzulassen. Es ist eine wichtige Forderung, dass wir heute bundeseinheitlich beschließen, dass wir künftig keine Zuschauer mehr machen.“

Sehr geehrter Herr Kutschaty, meine sehr geehrten Damen und Herren, immer wenn Sie einer Meinung mit Herrn Söder sind, dann schrillen bei mir die Alarmglocken.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Beim letzten Mal haben Sie am 7. April dieses Jahres erklärt:

„Die Entscheidung des bayerischen Ministerpräsidenten, nun auch mit dem russischen Impfstoff Sputnik V impfen zu wollen, ist richtig.“

Bei den derzeitigen massiven Lieferengpässen in Russland und den nach wie vor fundierten Zweifeln an diesem Impfstoff stelle ich mir gerade vor, wie Sie beide bundesweit zur Auffrischungsimpfung mit Sputnik V aufrufen.

(Beifall von der CDU und Stephen Paul [FDP])

Gut, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir Ihrer Einschätzung damals in Nordrhein-Westfalen nicht gefolgt sind.

(Beifall von der CDU und der FDP – Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Das ist wohl wahr! – Zurufe von der SPD)

Viertens. Herr Kutschaty, Sie persönlich und die SPD schüren Ängste, die den Stand der Wissenschaft in keiner Weise reflektieren. Sie können den offenen Brief der führenden Aerosolforscher dieser Republik vom 15. April 2021 an die Bundesregierung ignorieren.

(Zuruf von der SPD: Frau Scharrenbach guckt schon auf die Uhr!)

Ich sage Ihnen trotzdem, was drinsteht und bis heute nichts von seiner Aktualität verloren hat.

(Widerspruch von der SPD)

„Wir mussten aber als Aerosolforscher die Erfahrung machen, dass die öffentliche Debatte immer noch nicht den wissenschaftlichen Erkenntnisstand abbildet.“

Zumindest, was die SPD angeht, ist das richtig.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Mann, geh' in Rente! Das ist ja furchtbar!)

„Viele Bürgerinnen und Bürger haben deshalb falsche Vorstellungen über das mit dem Virus verbundene Ansteckungspotential. ‚Draußen ist es gefährlich‘, so deren Eindruck nicht zuletzt aus der Berichterstattung über die von der Politik getroffenen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung. [...] Wenn unseren Bürgerinnen und Bürgern alle Formen zwischenmenschlicher Kontakte als gefährlich vermittelt werden, verstärken wir paradoxerweise die überall erkennbare Pandemiemüdigkeit. Nichts stumpft uns Menschen bekanntlich mehr ab als ein permanenter Alarmzustand.“

(Gordan Dudas [SPD]: Zitat!)

Und aktuell sagt Gerhard Scheuch in der WELT:

„Es besteht keine Gefahr, einen Weihnachtsmarkt oder ein Stadion zu besuchen, denn dort finden die Ansteckungen nicht statt.“

(Gordan Dudas [SPD]: Zitat!)

Drittens: Sind Sie überhaupt noch bereit, zu differenzieren? Oder scheren Sie jetzt alle über einen Kamm?

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

Zur Inzidenz bei den bevorstehenden Heimspielen. In Dortmund mit 271,9 und Gladbach mit 231,8 liegen beide unterhalb des Landesschnitts.

(Zuruf von der SPD: Der Ministerpräsident hat gerade das Gegenteil erzählt!)

Es macht schon einen gewaltigen Unterschied, ob Sie den Stab über geimpfte und genesene Zuschauer bei Fußballspielen mit einer Landesinzidenz von 618 wie in Bayern, 511 in Baden-Württemberg, 1.268 wie in Sachsen oder 285 wie Nordrhein-Westfalen brechen.

(Zuruf von der SPD: Da spricht der Oppositionsführer! – Nadja Lüders [SPD]: Reden Sie jetzt mit Herrn Wüst? – Weitere Zurufe von der SPD)

In Berlin findet am Wochenende ein Fußballspiel in der Alten Försterei statt. Stadionauslastung 62 %, Inzidenz 370,2.

(Zuruf von der SPD: Hat Herr Wüst eben gemacht!)

Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Denn in Berlin regiert die SPD.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

„Einschränkungen bei Großveranstaltungen“ – nicht Untersagung von Großveranstaltungen –

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

steht in der Pressemitteilung Nummer 416 der Bundesregierung. Das ist der Konsens der gestrigen Beratungen im Kreise der MPK. Sie, Herr Kutschaty, sagen: Egal ob geimpft oder geboostert, ein Stadion dürfen ihr auch unter streng kontrollierten Bedingungen nicht besuchen.

Ich sage: Solange die Situation in Nordrhein-Westfalen so ist, wie sie ist, lohnt es sich, sich impfen und boostern zu lassen.

(Frank Müller [SPD]: Sie oder die Regierung? – Weitere Zurufe)

Nur so habt ihr wenigstens eine Chance, am Samstag auch einmal herauszukommen und ins Stadion zu gehen.

(Lachen von der SPD)

Sie, sehr geehrter Herr Kutschaty,

(Sven Wolf [SPD]: Können Sie das nicht mal untereinander klären?)

können während dieser Pandemie nicht ein einziges Fußballspiel im Stadion besucht haben, sonst wüssten Sie: Es gibt in der Bundesrepublik keinen sichereren Ort als ein Stadion:

(Zurufe von der SPD: Die Rede ist von gestern! – So eine Scheiße! – Zuruf von der FDP: Das ist so! – Weitere Zurufe – Glocke)

Es gibt eine knallharte Kontrolle, ohne Impf- oder Genesenausweis und Personalausweis kein Ticket und keinen Zugang. Nur 5 % der Tickets pro Spiel sind Gästefans vorbehalten.

(Dietmar Bell [SPD]: Das ist die Richtlinienkompetenz! – Weitere Zurufe)

Wenn die Qualität Ihrer Zwischenrufe auch nur im Entferntesten der Lautstärke entsprechen würde, hätten wir es hier alle miteinander ein bisschen besser.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmelzer [SPD]: Hören Sie sich doch mal Ihre Rede an! Von wegen Qualität!)

Pro Spiel sind 5 % der Tickets den Gästefans vorbehalten, und diese reisen doch schließlich in 3G-kontrollierten Verkehrsmitteln an.

(Sven Wolf [SPD]: Jetzt habt ihr ihn vergrault!)

Trotzdem entscheidet sich diese NRW-Koalition für eine signifikante Reduzierung der Zuschauerzahlen schon ab Samstag. Hendrik Wüst hat nämlich recht. Die zeitgleichen Bilder Tausender jubelnder Fußballfans ohne Maske und eines Bundeswehr-MedEvac-Airbus, der Patienten transportiert, senden die falsche Botschaft. Wir wollen und werden diese Bilder des Fußballs nicht mehr sehen, weil die NRW-Koalition noch Entscheidungen treffen kann, die dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen und der Lage im Land angemessen sind.

(Zurufe von der SPD)

Das ist ein Grundsatz, den Sie und die SPD nicht nur beim Fußball leider zugunsten populistischer Forderungen aufgegeben haben.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Wer um Vertrauen wirbt, sollte ehrlich sein. „Hören Sie [...] mit diesen maßlosen Übertreibungen auf.“ Herr Kutschaty, das waren Ihre Worte in der Unternehmung am 28. April 2021. Es wäre gut, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, wenn Sie Ihren eigenen Worten folgen würden.

(Zuruf von Sarah Philipp [SPD] – Zuruf von der SPD: Kontext!)

Aber da Sie meine Mahnung vermutlich in den Wind schlagen werden: Vielleicht hören Sie auf den von Herrn Kutschaty so hochgelobten kommenden Bundeskanzler, der sich wohltuend von Ihrer Art, Politik

zu betreiben, abhob, als er gestern Abend im heute journal sagte: Wir brauchen in der Politik einen anderen Stil und sollten nicht jeden Tag eine Meldung oder Forderung produzieren. – Zitatende.

(Gordan Dudas [SPD]: Ein Zitat! – Weitere Zurufe)

Ich befürchte, er hat Sie gemeint: die SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Nach Angaben des RKI kommen 44 von 100.000 ungeimpften Menschen mit einer Infektion ins Krankenhaus; darunter 34 über 60-Jährige. Von 100.000 geimpften Menschen kommen nicht einmal acht ins Krankenhaus. Nutzen Sie bitte die Möglichkeit, sich impfen und boostern zu lassen.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD] – Zuruf von Gordan Dudas [SPD])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Löttgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht die Fraktionsvorsitzende Frau Schäffer.

Verena Schäffer* (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach Ihrer Rede, Herr Löttgen, muss man wirklich erst mal tief durchatmen. Ich finde es unglaublich, wie Sie hier die Lage schönreden, wie Sie sich selbst absolut widersprechen, wie Sie auf der einen Seite sagen, in Nordrhein-Westfalen sei doch alles gar nicht so schlimm, und auf der anderen Seite die Maskenpflicht in den Schulen wieder einführen, was ich übrigens richtig finde.

Sie bringen einen Antrag ein, um das gesamte Register des Bundesinfektionsschutzgesetzes zu ziehen, was ich auch richtig finde. In Ihrem Antrag steht übrigens: Sie wollen damit der konkreten Gefahr der epidemischen Ausbreitung der Coronavirus-Krankheit begegnen. – Das ist also alles ziemlich widersprüchlich, was Sie hier in Ihrer Rede gerade dargestellt haben. Sie widersprechen dem Ministerpräsidenten.

Ich kann Ihnen wirklich nur sagen, Herr Löttgen: Das, was Sie hier vorgetragen haben, ist ein Ausweis dessen, dass Sie an Realitätsverlust leiden –

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

und das in so einer Situation und als Vorsitzender der größten Fraktion hier.

Herr Wüst, Sie sprechen von einer „konzentrierten Wachsamkeit“. Eine konzentrierte Wachsamkeit heißt offenbar bei dieser Landesregierung: Zugucken und Nichtstun und Abwarten und Mit-dem-Finger-nach-Berlin-Zeigen. – Aber das reicht doch nicht aus,

wenn man Verantwortung für die Menschen in diesem Land trägt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Stattdessen hören wir von Herrn Wüst viele markige Worte. Zitat: Da läuft uns die Zeit weg, wir müssen alle Register ziehen. – So am Montag im ARD-„Mittagsmagazin“.

Dann fragt man sich: Warum nutzt denn diese Landesregierung dann nicht alle ihre rechtlichen Möglichkeiten? Warum lässt sie schon wieder Zeit verstreichen? – Das Muster ist ja inzwischen sehr erkennbar: Die Landesregierung kündigt irgendetwas Unkonkretes an. Dann schiebt sie die Verantwortung nach Berlin und will erst mal abwarten, bis eine Ministerpräsidentenkonferenz entscheiden wird. Dann wartet man wieder eine ganze Woche ab, und dann haben wir hoffentlich irgendwann eine konkrete Schutzverordnung.

Und jeden Tag verlieren wir weiter wertvolle Zeit. Man muss einfach klar sagen: In dieser Situation zählt doch jeder einzelne Tag. Dass Sie immer wieder abwarten und nach Berlin zeigen, finde ich unverantwortlich. Ich finde das auch unangemessen für eine Landesregierung in dieser Situation.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wenn man sich hier so die Reden von Herrn Wüst – und, ja, auch von Herrn Löttgen – anguckt, dann muss man sagen: Sie scheinen sich ja in der Oppositionsrolle ganz gut zu gefallen. Sie sind ja mehr damit beschäftigt, sich gegen die kommende Ampelregierung in Berlin zu positionieren als hier in Nordrhein-Westfalen Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Auch wenn Sie die Oppositionsrolle hier in NRW ja zu reizen scheint,

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

geht Ihr Nichthandeln eindeutig zulasten der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen. Das ist einfach nicht in Ordnung. Das ist verantwortungslos.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Da ja heute schon mehrfach darauf hingewiesen wurde, dass wir es mit einer neuen Virusmutation zu tun haben, muss man ganz klar feststellen: Es mag der FDP jetzt hier als Gesichtswahrung dienen, dass man sich auf Omikron beziehen kann, um jetzt doch noch den Verschärfungen von Maßnahmen im Kabinett zuzustimmen. Aber klar ist auch, Herr Wüst, Frau Gebauer: Momentan ist unser Problem immer noch Delta. Die Auswirkungen der neuen Virusmutation werden wir wahrscheinlich erst noch zu spüren bekommen,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

wenn die Vorhersagen der Expertinnen und Experten zutreffen. Das zeigt doch nur, wie dramatisch die Lage gerade ist und noch zu werden droht. Deshalb kann man nur hoffen, dass die FDP jetzt endlich aus ihrer Blockadehaltung herauskommt.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]:
Och nee!)

Verantwortung in der Krise zu übernehmen, Entscheidungen zu treffen – das sind aus meiner Sicht die Punkte, die zu einem guten Krisenmanagement dazugehören. Die Eckpfeiler von Krisenkommunikation sind Schnelligkeit, Wahrhaftigkeit, Verständlichkeit und Konsistenz, und auf das Krisenmanagement dieser Landesregierung trifft rein gar nichts davon zu.

Christian Lindner hatte noch am Montag bei Anne Will von einem Managementproblem in der Pandemie gesprochen. Dieses Managementproblem wird in Nordrhein-Westfalen doch offenkundig.

Deshalb wäre es wichtig, dass Sie auch hier in Nordrhein-Westfalen endlich den Krisenstab der Landesregierung aktivieren, um das Managementproblem in den Griff zu kriegen, zum Beispiel bei der Organisation der Impfungen, aber auch, um endlich konsistent und angemessen zu kommunizieren, mit der Bevölkerung, mit den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch mit den Kommunen.

Wir fragen uns im Parlament seit inzwischen über anderthalb Jahren: Wann, wenn nicht jetzt, wäre der richtige Zeitpunkt, den Krisenstab der Landesregierung einzuberufen? Da kann ich nur sagen, Herr Wüst: Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt. Es ist dringend notwendig, endlich den Krisenstab einzuberufen und zu aktivieren.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall
von der SPD)

Die Krisenkommunikation der Landesregierung ist ja nicht erst seit heute ein Desaster. Aber je schlimmer die Situation wird, desto wichtiger wird auch die Kommunikation in die Bevölkerung hinein, aber auch mit den Kommunen.

Wie, Herr Wüst, konnten Sie ernsthaft am vergangenen Freitag ein Fußballspiel mit 50.000 Zuschauerinnen und Zuschauern als angemessen bezeichnen? Ich finde das einfach unglaublich.

Auch heute geben Sie ja keine konkreten Antworten, wie es denn jetzt weitergeht. Sie sagen: Es muss eine Reduzierung der Zuschauerzahlen geben, auch mit Blick auf das Wochenende. – Aber auch hier warten wieder alle auf konkrete Antworten; die sind Sie schuldig geblieben.

Das tut mir leid für die vielen Fans, aber ich meine, wir kommen um Geisterspiele in dieser Situation einfach nicht herum, weil ein Fußballspiel auch nur mit einem Drittel der Auslastung in Dortmund derzeit einfach 27.000 Menschen zu viel in Straßenbahnen, in

Bussen und Bahnen und eben auf den Tribünen bedeutet.

Für diese Regelung brauchen Sie auch nicht den Bund und nicht die MPK morgen. Sie können es einfach festlegen. Also fassen Sie doch endlich mal den Mut für solche auch unbequemen Entscheidungen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall
von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, wir Grüne haben letzte Woche hier im Landtag einen Antrag vorgelegt, damit der volle Instrumentenkasten des Bundesinfektionsschutzgesetzes aktiviert wird. Ich kann mich noch sehr gut an die Rede des gesundheitspolitischen Sprechers Peter Preuß erinnern. Da haben Sie uns hier wortreich vorgetragen, wir Grüne würden ja nur den Lockdown fordern. Die CDU und die FDP haben laut Beifall geklatscht und dann diesen Antrag abgelehnt, um jetzt, eine Woche später, zu sagen: Wir brauchen jetzt doch diesen Instrumentenkasten.

Es ist ja gut, dass Sie wenigstens jetzt zu dieser Einsicht gelangen; besser spät, als nie. Aber auch hier muss man wieder klar sagen: Wir befinden uns wieder hinter der Lage. Sie hätten es letzte Woche machen können. Sie hätten es letzte Woche beschließen können, die Maßnahmen planen können, eine Coronaschutzverordnung vorbereiten können. Auch hier sind wir wieder völlig hinter der Lage.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ja, es ist gut, dass die Maskenpflicht an den Schulen wieder eingeführt werden soll. Und wie man hört – ich weiß nicht, ob es stimmt, aber ich habe es gehört, auch schon mehrfach –, musste der Ministerpräsident seine Richtlinienkompetenz geltend machen, um die Schulministerin endlich zum Einlenken zu bewegen.

Es ist ohne Frage absolut bitter, dass es wieder eine Situation geben wird, in der wir Kindern und Jugendlichen solche Einschränkungen auferlegen müssen, weil wir Erwachsene es nicht geschafft haben, uns ausreichend zu impfen.

(Helmut Seifen [AfD]: Das bedauern Sie?)

– Ja, ich bedaure es.

(Helmut Seifen [AfD]: Das meinen Sie doch nicht ernst, das Bedauern! – Ministerin Yvonne Gebauer: Das bedauern Sie doch gar nicht!)

– Doch, Frau Gebauer. Ich habe eine Tochter, die in die Schule geht und die sich sicherlich nicht darüber freut,

(Ministerin Yvonne Gebauer: Nein, das bedauern die Grünen nicht!)

dass sie ab morgen wieder Maske tragen muss.

(Helmut Seifen [AfD]: Dann haben Sie Erbarmen! Dann reden Sie doch nicht so!)

Aber ich sage auch ganz klar: Wir wissen, dass es zu Infektionen in den Schulen kommt. Wir wissen aber auch, dass die Masken bei den Kindern und generell in der Pandemie ein wirksames und auch mildes Mittel sind, um diese Pandemie zu bekämpfen und Infektionen zu verhindern.

(Helmut Seifen [AfD]: Das ist doch Quatsch!)

Da will ich auch ganz deutlich sagen: Es tut mir leid für meine Tochter, und es tut mir leid für alle Kinder und Jugendliche in diesem Land,

(Helmut Seifen [AfD]: Das tut Ihnen doch gar nicht leid!)

aber ich möchte, dass mein Kind und alle Kinder in dieser Pandemie geschützt werden.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Deshalb sage ich in meiner Verantwortung als Politikerin, aber auch als Mutter, dass ich dieses mildere Mittel befürworte, damit keine weiteren Kinder krank werden. Ich weiß – glauben Sie mir –, was es bedeutet, wenn Kinder krank werden, und ich weiß auch, was es bedeutet, wenn Kinder danach Long COVID haben. Das können Sie mir glauben, Frau Gebauer; wir können uns gerne an anderer Stelle noch einmal darüber austauschen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Helmut Seifen [AfD]: Ich glaube Ihnen nicht! Seien Sie einfach Mutter!)

Ein weiteres unrühmliches Kapitel dieser Landesregierung ist die Beschaffung von Luftfiltern für Schulen, damit Kinder und Jugendliche möglichst sicher lernen können. Und auch hier zeigt sich wieder, dass die Landesregierung zu spät handelt, zu unentschlossen handelt, dass sie es nicht schafft, die Maßnahmen auf die Schiene zu setzen.

Wir haben im Haushalts- und Finanzausschuss nachgefragt. Von den 90 Millionen Euro für das zweite Programm sind – Stand: Ende Oktober – gerade einmal 3,2 Millionen Euro bewilligt worden. Das ist eine Abrufquote von gerade einmal 3,5 %. Insofern frage ich mich wirklich, Frau Gebauer, was Sie daran hindert, ein wirklich funktionierendes Landesprogramm aufzusetzen, damit die Luftfilter endlich in den Schulen ankommen. Das müssten Sie jetzt dringend auf den Weg bringen.

(Beifall von den GRÜNEN – Ministerin Yvonne Gebauer: Das habe ich Ihnen schon mehrfach gesagt!)

Ich möchte zum Schluss noch einmal das Thema „Impfen“ ansprechen, weil es mir wichtig ist. Wir wissen, dass wir konsequent die Kontakte einschränken müssen, dass wir das Impfen massiv hochfahren müssen, und wir sehen, dass die Impfungen durch

diese Landesregierung nach wie vor total schlecht organisiert sind.

Es reicht nicht, sich hierhin zu stellen und zu sagen: Wir danken den Kommunen dafür, dass sie es gut machen. – Nein, es muss doch in der Verantwortung des Landes und dieser Landesregierung liegen, die Impfungen ordentlich zu organisieren. Man muss den Menschen wirklich dankbar dafür sein, dass sie stundenlang in der Kälte und im Nieselregen für ihre Impfungen anstehen. Information, Aufklärung, mobile Angebote, proaktive Terminvergaben – das hätten Sie längst angehen müssen. Das müssen Sie jetzt umso dringender angehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich komme zu meinem letzten Punkt. Herr Wüst, Sie sind ja Vorsitzender der MPK. Wir wissen, wir befinden uns in einer weltumspannenden Pandemie. Und wir wissen auch, dass wir diese Pandemie nur besiegen und weitere Virusmutationen verhindern werden können, wenn wir dafür sorgen, dass in alle Teile dieser Welt Impfstoff gelangt und in allen Teilen dieser Welt verfügbar ist. Ich wünsche mir, dass sich die MPK auch mit diesen Fragen auseinandersetzt; denn ansonsten wird uns die Pandemie noch lange Zeit beschäftigen. Ich meine, dass Solidarität in einer Krise auch für unsere eigene Gesundheit auch im internationalen Kontext wichtig ist. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Rasche.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Corona ist und bleibt eine große Herausforderung. Anscheinend haben wir unterschiedliche Konzepte, damit umzugehen; das wurde in dieser Debatte deutlich. Ich halte viel davon, wenn SPD, Grüne, CDU und FDP dabei respektvoll miteinander umgehen. Aber wenn die Grünen der CDU bzw. ihrem Vorsitzenden Bodo Löttgen Realitätsverlust vorwerfen,

(Frank Müller [SPD]: Das war eine Zustandsbeschreibung!)

dann muss man sich die Frage stellen: Beschädigt das nicht Ihre eigene Glaubwürdigkeit?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie können ja eine andere Meinung haben. Das akzeptieren wir. Sie können sich mit unseren Auffassungen auseinandersetzen. Aber wo kommen wir als demokratische Parteien denn hin, wenn wir uns gegenseitig – den Vorwurf machen eigentlich nur die Grünen – Realitätsverlust vorwerfen? Das ist alles anderes als glaubwürdig.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Und dann, Frau Schäffer, kommen Sie auch noch auf die Idee, die Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen zu können, indem Sie hier einfach Gerüchte streuen, indem Sie einfach in den Raum stellen, ohne dass man dem widersprechen kann, dass der Ministerpräsident seine Richtlinienkompetenz habe einsetzen wollen, müssen oder können oder tatsächlich eingesetzt habe.

(Ministerin Yvonne Gebauer: Das ist unfassbar!)

Das ist alles völliger Quatsch. Aber das wissen Sie auch. Gerüchte zu streuen, ist Ihre Art, Politik zu machen. Das ist mies und unglaublich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es wird von Wissenschaftlern, von Fachleuten, von sogenannten Experten viel beschrieben, und im Grunde kann man sich für jede These einen Wissenschaftler aussuchen. Alles wird irgendwie belegt, jede Aussage, die man treffen will.

Es wurde auch mehrfach darauf hingewiesen, dass diese sehr krasse Entwicklung der vierten Welle vorhersehbar war, dass alle Experten gesagt haben, das werde so kommen, nur die Politik handle nicht. Auch das ist eine typische Vorgehensweise von Teilen der Opposition.

Ich rufe hier Herrn Jochen Brink auf, den Präsidenten der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen. Er hat erst vor zehn Tagen ein Interview gegeben, in dem er sagt, diese vierte Welle kam für ihn und für alle Experten unerwartet heftig. Das sagt der Präsident der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen, übrigens in seinem Abschiedsinterview. Das sagt er also völlig unabhängig und ohne ein Geschäftsmodell, also ehrlich.

Tun wir doch nicht so, als würde es in dieser Coronakrise irgendwelche Experten geben, die in 22 Monaten immer hätten vorhersagen können, was einen Monat später passiert.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Solche Experten hat es in dieser Krise nie gegeben.

Die NRW-Koalition hat bisher immer verhältnismäßig und angemessen gehandelt. Das ist unsere Aufgabe, das ist uns bisher gelungen, und wir arbeiten daran – das ist gar nicht so einfach –, dass es auch so bleibt.

Ich möchte kurz auf vier Punkte eingehen.

Erstens. Die Lage in den Bundesländern ist differenziert. Im Süden und im Osten ist es sehr schwierig, im Norden und im Westen ist es durchaus anders. Da ist es nicht gut, aber es ist durchaus besser als unten in Bayern oder in Sachsen. Das betrifft die Hospitalisierung, die Impfquote, die Inzidenzen und

das Boostern. Dabei liegen wir in Nordrhein-Westfalen besser als viele andere Bundesländer.

Um Brücken zu bauen, sage ich einfach mal, dass das natürlich an der Regierungsarbeit, an der NRW-Koalition liegt, aber auch an guten Vorschlägen von SPD und Grünen, die wir gerne aufnehmen. Es liegt also im Ergebnis an uns allen, und es ist eine gemeinsame Aufgabe, Corona zu begegnen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Da wir gerade andere Länder miteinander vergleichen: Frau Kollegin Paul hat das am vergangenen Mittwoch mit einer Bundesligatabelle verglichen. Was eine Bundesligatabelle mit Corona zu tun hat, weiß ich nicht.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Ich würde sagen, dass da ein Vergleich zwischen Bundesländern sehr abwertend mit einer Bundesligatabelle verglichen wird. Wir als NRW-Koalition, wir als FDP halten diese Vergleiche für wichtig.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Wir nehmen nüchterne Vergleiche vor, weil diese Vergleiche sinnvoll sind, um besser zu werden.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das ist doch unser gemeinsames Ziel. Es ist also klug, in den Ländern je nach Lage unterschiedlich zu reagieren, und das werden wir auch weiterhin tun.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE] – Gegenruf von Ralf Witzel [FDP] – Glocke)

Zweitens. Die Lage ist nicht nur in den Bundesländern, sondern auch in der Politik differenziert. Es gibt Persönlichkeiten, die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts eine Mischung aus Bundesnotbremse und Lockdown fordern. Winfried Kretschmann, einer der Kollegen der Grünen in Baden-Württemberg, macht das. Karl Lauterbach macht das. Markus Söder fordert das für ganz Deutschland und nicht nur für Bayern. Die Bundesregierung will konsequent, aber differenziert reagieren und auf eine Bundesnotbremse und einen bundesweiten Lockdown verzichten.

Das Maßnahmenpaket wurde aus unserer Sicht verbessert: 3G am Arbeitsplatz, 3G im ÖPNV, Apotheker und Zahnärzte sollen demnächst impfen können.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Wir wollen – und das ist der dritte Punkt – in Nordrhein-Westfalen einen Lockdown verhindern.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dabei handeln FDP und CDU angemessen und verhältnismäßig, aber sehr wohl sehr konsequent. Sie wissen, dass die NRW-Koalition, die FDP immer für einen Dreiklang eingetreten ist: die Sicherung von Gesundheit, die Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand und die Sicherung des sozialen Miteinanders. Nur wenn wir alle drei Ziele verfolgen, werden wir die Akzeptanz der Bevölkerung gewinnen bzw. erhalten. Deshalb halten wir es für wichtig, dass es differenzierte Maßnahmen in den Bundesländern gibt. Das ist aus unserer Sicht ausgesprochen gerecht und nachhaltig.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Weil wir helfen wollen, haben wir am vergangenen Freitag gemeinsam die rechtliche Grundlage dafür geschaffen, dass Patienten aus dem Süden und aus dem Osten zu uns kommen können. Weil man dort Hilfe benötigt, sind wir zur Hilfe bereit. Wir sind froh, dass wir es können. Das ist Solidarität im wahrsten Sinne des Wortes. Das ist auch differenziertes Handeln: Die einen brauchen Hilfe, die anderen geben Hilfe. – Das ist differenziert, und es ist gut, dass wir das in den verschiedenen Bundesländern in Deutschland so leisten können.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen verhältnismäßig gehandelt, auch mit den Maßnahmen der vergangenen Woche. Wir haben lange über zusätzliche 2G-Regeln, 2G-plus-Regeln und 3G-Regeln in verschiedenen Bereichen diskutiert, weil sich die Lage verschlechtert hat.

Wenn man immer wieder den Vergleich zieht, kommt man um Bayern kaum herum: Bayern hat noch am 1. Oktober dieses Jahres für Lockerungen gesorgt. Bayern lag damals bei der Inzidenz übrigens an der Spitze, gemeinsam mit Bremen. Heute lesen wir, dass dort wieder gelockert wird, weil in Bayern in einigen Landkreisen die Inzidenz jetzt – in Anführungszeichen – nur noch zwischen 900 und 1.000 liegt. Ich verstehe Markus Söder vom Geist her anders, aber dass er jetzt, bei einer Inzidenz zwischen 900 und 1.000, schon lockert, überrascht mich.

Die Kollegin und Schulministerin Yvonne Gebauer wurde erwähnt. Das ist eine Reaktion dieser Koalition und der Ministerin selbst auf die neue intensive Lage. Die Maskenpflicht in den Schulen wurde vorgeschlagen und jetzt auch auf den Weg gebracht. Das ist in der jetzigen Phase der richtige Weg, um Vorsicht walten zu lassen.

Zudem geht es in dieser Woche um weitere verhältnismäßige Maßnahmen. Die Beratungen zwischen den Bundesländern laufen hier und in Berlin. Das Ziel ist, das Gesundheitssystem nicht zu überlasten. Es geht um Großveranstaltungen. Wir haben über Fußball und Kapazitäten gesprochen. Es geht um Diskotheken und Klubs, da gibt es anscheinend eine große

Einigkeit. Deshalb aktiviert diese Koalition § 28 Infektionsschutzgesetz. In der Koalition wird klar abgesprochen und festgelegt, dass sich das auf Diskotheken und Klubs bezieht. Alles Weitere werden wir beschließen und auf den Weg bringen, wenn es die Mehrheit in dieser Koalition findet.

Kontaktbeschränkungen für ungeimpfte Personen werden ausgeweitet – auch darüber scheint eine große Einigkeit in diesem Haus zu herrschen, und das ist gut.

Aber es gibt keine Bundesnotbremse, es gibt keinen bundesweiten Lockdown, es gibt keine Symbolpolitik, und es gibt keine Sündenböcke. Schulen und Kitas bleiben geöffnet. Es gibt keine Schließung des Handels. Restaurants bleiben geöffnet, Sport bleibt möglich, und Weihnachtsmärkte bleiben geöffnet.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Alles, was ich gerade erwähnt habe, erfolgt übrigens nach klaren Regeln.

Die Opposition – Grüne und SPD – haben deutliche Maßnahmen, also mehrere Schritte, aufgrund der Entwicklung der Coronakrise gefordert. Beide haben hier am Rednerpult aber ausschließlich vom Symbolthema „große Fußballstadien und Zuschauerkapazität“ gesprochen. Sie wollen Geisterspiele. Man kann selbstverständlich diese Meinung haben, obwohl die Inzidenz in Nordrhein-Westfalen eine völlig andere ist als in Bayern oder in anderen Bundesländern. Deswegen teilen wir Ihre Auffassung nicht.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Bayern spielen aber in Dortmund!)

– Herr Schmeltzer, zu Ihnen komme ich gleich noch.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist immer gut!)

Aber Sie haben von Maßnahmen gesprochen, und Sie haben sich hier gedrückt.

Sie haben keine Aussage dazu getroffen, was mit dem Handel ist. Wollen Sie den auch schließen? Lockdown? Wollen Sie Restaurants schließen? Wollen Sie Weihnachtsmärkte schließen, Herr Schmeltzer?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nein!)

Kein Mut aus der SPD und von den Grünen, hier eine klare Haltung zu zeigen

(Beifall von der FDP und der CDU)

und zu sagen: Das ist an der frischen Luft. Da sind gar nicht viele Leute. Das ist ungefährlich.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer hat das denn hier gesagt?)

Herr Schmeltzer, es fällt Ihnen auf die Füße,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer hat das denn gesagt?)

wie Sie sich vor Ort äußern und es hier im Landtag nicht tun.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer hat das denn hier gesagt? – Frank Müller [SPD]: Das hat keiner gesagt!)

Auch die Opposition – Grüne und SPD – hat die Aufgabe, zu den Fragen, die die Bürgerinnen und Bürger haben, Stellung zu beziehen und sich nicht davor zu drücken. Das ist Ihre Aufgabe, wir nehmen sie wahr.

(Beifall von der FDP und der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sagen Sie mir, wer das gesagt hat!)

Sprechen Sie mal mit den Schaustellern, Herr Schmeltzer.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Täglich!)

– Vielleicht sollten Sie mit denen nicht nur sprechen, sondern ihnen auch mal zuhören.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD – Glocke)

Wir brauchen hier ein Bekenntnis für die Weihnachtsmärkte. Das gab es nicht.

(Zuruf von der SPD: Ganz kleines Karo! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Über ein Jahr lang schon! Keine Unwahrheiten erzählen, Herr Rasche! – Weitere Zurufe von der SPD – Glocke)

Herr Schmeltzer, gab es hier ein Bekenntnis seitens Herrn Kutschaty für Weihnachtsmärkte?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Von uns schon ein Jahr lang! – Zuruf von der FDP: Auch im Sommer! – Daniel Sieveke [CDU]: Weihnachtsmärkte im Sommer?)

– Ein Jahr lang, behauptet er. Was will er denn im Sommer mit Weihnachtsmärkten? In welchem Film sind Sie denn?

(Beifall von der FDP und der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Schausteller brauchen Einnahmen! Wer hat das gesagt?)

Ich sage es Ihnen voraus: Es wird der Opposition auf die Füße fallen, immer wieder mit einem Lockdown zu spielen und immer mehr Maßnahmen zu fordern, aber den einzelnen Gruppen wie den Schaustellern bei den Weihnachtsmärkten in bilateralen Gesprächen „Wir treten für euch ein“ zu versichern. – Das ist ein Widerspruch in sich, und den werden Sie so nicht auflösen können.

(Beifall von der FDP und der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sagt der Richtige! – Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Trotzdem gibt es auch Hoffnung. Die Eigenverantwortung der Menschen steigt beeindruckend.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ist der rotzig! Der Kerl ist rotzig und verlogene!)

Viele Menschen warten gar nicht auf neue Vorschriften und Gesetze. Sie gehen zum Impfen, zum Testen und halten sich mit Kontakten zurück.

Wir erleben momentan in ganz Deutschland, auch in Nordrhein-Westfalen, neue Impfrekorde. Nur die 22. Kalenderwoche war besser als die vergangene.

Wir dürfen den Leuten, die sich jetzt impfen lassen, doch nicht „Lasst euch jetzt impfen, und demnächst führen wir den Lockdown ein, dann hat sich eure Impfe gar nicht gelohnt“ erzählen. Wir müssen das Gegenteil tun. Wir müssen ihnen Argumente bieten, damit sie sich impfen lassen, damit die Situation im Gesundheitssystem besser wird.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Ein weiterer Aspekt, der Hoffnung macht, sind die R-Werte. Am 26.11. lag der R-Wert noch bei 1,09, am 29.11. bei 0,93, am 30.11. bei 0,9 und am 01.12. bei 0,89.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Auch diese Entwicklung ist positiv. Sie darf uns nicht in Sicherheit wiegen. Trotzdem ist es eine gute Entwicklung.

(Beifall von der FDP und Bodo Löttgen [CDU])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Auch die bundesweite Inzidenz ist am zweiten Tag in Folge gesunken.

Die FDP liegt auf einem richtigen Kurs aus Freiheit und Verantwortung –

(Dr. Martin Vincentz [AfD]: Impfpflicht! – Zuruf von Christian Loose [AfD])

ebenso die NRW-Koalition: angemessen und verhältnismäßig. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Wagner.

Markus Wagner^{*)} (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mitten in der Pandemie bauen Sie Intensivbetten ab – 10.000; allein in diesem Jahr, mitten in der Pandemie, schon wieder über 4.000.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Der Gesundheitsminister ist doch gar nicht im Haus!)

Jetzt schlagen Sie Alarm: Wir haben zu wenig Betten.

Seit Jahrzehnten vernachlässigen Sie die Pfleger. Sie haben alles dafür getan, den Job unattraktiv zu machen – auch mitten in der Pandemie.

(Zuruf von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Mindestens 100.000 fehlen, und nun fällt Ihnen auf: Wir haben zu wenig Pfleger.

Für Ihr Versagen wollen Sie das Land nun in den nächsten Lockdown schicken, Sie wollen sogar einen Impfwang installieren. Da helfen auch Ihre rhetorischen Taschenspielertricks nicht, Herr Wüst.

Die Schuld daran haben angeblich nicht Sie. Nein, von Ihrem Totalversagen lenken Sie lieber aggressiv ab. Sie haben sich einen Sündenbock herausgesucht: den gesunden Ungeimpften mit Negativtest. Er soll es angeblich sein.

Meine Damen und Herren, Ihre These ist doch – korrigieren Sie mich, falls sich da irgendetwas geändert haben sollte –, dass das Gesundheitssystem nicht überfordert werden darf. Das ist doch der Grund für all die Maßnahmen seit fast zwei Jahren. Das ist an sich vernünftig. Natürlich soll das Gesundheitssystem nicht kollabieren, da sind wir ja bei Ihnen.

Die Frage ist aber, ob Sie da auch bei sich sind. Denn was tue ich, wenn ich befürchte, dass ein System ausgelastet, ja überlastet werden könnte? – Ich erhöhe die Kapazitäten. Was aber haben Sie stattdessen gemacht? – Sie haben mitten in der Pandemie Intensivbettenkapazitäten abgebaut. – Tausende Betten sind weg. Jetzt sagen Sie: Wir haben womöglich zu wenig davon. – Das ist vollkommen verantwortungslos und an Dreistigkeit den Menschen gegenüber kaum noch zu überbieten.

(Beifall von der AfD)

Es ist eine Schande. Den schwarzen Peter dafür wollen Sie nun den Ungeimpften zuschieben. Haben die Ungeimpften die Betten abgebaut oder waren Sie das?

(Beifall von der AfD)

Ich möchte von Ihnen Folgendes wissen: Warum haben Sie die Kapazitäten der Intensivmedizin heruntergefahren statt sie auszubauen? Wie können Sie es eigentlich noch wagen, sich hier hinzustellen und alle paar Wochen eine Hundertachtziggradwende nach der nächsten hinzulegen?

(Beifall von der AfD – Josef Hovenjürgen [CDU]: Hetzer! Sie sind ein Hetzer!)

Ich zitiere Frau Merkel, nicht lange her: „Es wird keine Impfpflicht geben.“

Markus Söder im August: „Daher wird es jetzt definitiv keinen Lockdown mehr geben.“

Jens Spahn im Oktober: „Der Ausnahmezustand [...] kann aus meiner Sicht beendet werden.“

Demnächst-Kanzler Olaf Scholz behauptete im Wahlkampf im September: „Corona ist ja bald vorbei.“

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Es wird keine Impfpflicht geben, es wird keinen Lockdown geben, Corona ist ja bald vorbei – Aussagen des Spitzenpersonals von CDU und SPD aus den letzten Wochen.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Corona gab es doch gar nicht!)

Der Realitätscheck sieht anders aus, aber er sagt viel über Ihre Glaubwürdigkeit und Kompetenz aus.

Wir sind über 80 Millionen im Land. Etwa 5.000 davon sind im Zusammenhang mit COVID-19 hospitalisiert. Das sind 0,006 %.

(Zuruf von Dr. Günther Bergmann [CDU])

0,006 % und Sie verfallen in Schockstarre, Destruktion und autoritäre Maßnahmen. Etwas anderes fällt Ihnen gar nicht mehr ein.

(Zuruf von der CDU)

0,006 % und Sie antworten mit Lockdown und Impfpflicht für alle, statt mit Bettenaufbau für die Wenigen, die ihn benötigen. Sie antworten mit einem gebrochenen Versprechen nach dem anderen.

(Beifall von der AfD)

Meine Damen und Herren, Ihre Coronapolitik ist gescheitert. Ihre Antwort darauf lautet: Noch mehr von dieser gescheiterten Politik auf Kosten der einzelnen.

Wieder werden Kinder die Möglichkeit zur Bildung verlieren. Wieder verlieren die Menschen Jobs oder müssen in Kurzarbeit. Wieder verlieren Selbstständige ihre Existenzgrundlage. Sie aber spalten und hetzen auf Kosten der Gemeinschaft. Sie suchen nach Sündenböcken für Ihr eigenes Versagen.

Wer ist denn ungeimpft? – Wir müssen doch mittlerweile zwischen praktisch und formal unterscheiden. Formal sind Menschen mit Johnson & Johnson geimpft. Nun sagt aber das RKI: Diese Impfungen seien in ihrer Wirkung – Zitat – ungenügend.

Ungenügend heißt in Schulnoten gesprochen: Setzen, sechs. – Drei Millionen Menschen im Land sind mit Johnson & Johnson geimpft. Hinzu kommen Zigmillionen, deren Impfschutz von BioNTech stark nachgelassen hat. Sie sind alle formal geimpft. Ihre App weist sie so aus. Sie dürfen unter 2G-Bedingungen essen und einkaufen gehen, aber der negativ getestete Gesunde wird ausgesperrt. Das ist vollkommen verrückt.

Sie konstruieren daraus eine angebliche Pandemie der Ungeimpften. Selbst aber Ihr heiliger Drosten hält dagegen, denn es ist natürlich erkennbarer Unsinn.

Die Zahl der Geimpften auf den Intensivstationen steigt. Auch Ihr Versuch, dies auf die jungen Menschen zu schieben, wird von den Fakten klar widerlegt: Die Toten sind im Durchschnitt 84 Jahre alt, die Masse der Kranken über 60, über 70.

Nehmen Sie doch nach zwei Jahren endlich einmal diese Fakten zur Kenntnis, dann haben wir auch weniger unsinnige Regeln.

(Beifall von der AfD)

Gestern Abend zum Beispiel war ich essen. Der Kellner, der mich bediente, hat nun 3G am Arbeitsplatz.

(Zuruf: Ich bin auch schon dreimal geimpft!)

Er darf – weil er nachweislich gesund und getestet ist – ungeimpft arbeiten und mich bedienen; immerhin. Wenn er sich aber nach zehn Stunden Arbeit an meinen Tisch setzt, um selber mal etwas zu bestellen, dann muss er gehen. Man schmeißt ihn raus, denn für Essen gilt 2G.

(Helmut Seifen [AfD]: Irre!)

Das ist so asozial und unsinnig, aber es zeigt symptomatisch, wie unüberlegt Ihre ganze Politik ist.

(Beifall von der AfD)

Erklären Sie mir und den Kräften in der Gastronomie, warum sie ungetestete Geimpfte bedienen, aber gesund und getestet nicht bedient werden dürfen, Herr Wüst. Diese Menschen haben doch endlich ein Recht zu erfahren, wie Sie einen solchen Unsinn anordnen können.

(Helmut Seifen [AfD]: Irre ist das!)

Kommen wir zurück zu Ihren Heilsversprechen der Impfung. Nur ein Piks, dann sind wir alle frei – so hieß es. Jeder, der anderes sagte, der zum Beispiel die Wirkungsdauer infrage stellte, der war Rechtspopulist. Dann waren es zwei Pikse. Das reichte dann aber wirklich. Damit sei alles vorbei. Vor wenigen Wochen hieß es: Drei Pikse; das war es dann aber wirklich. – Und jeder, der nicht mitmacht, ist schuld an allem. Jetzt reden wir von der vierten Impfung in anderthalb Jahren.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Zuruf von Helmut Seifen [AfD] – Unruhe – Glocke)

Wie lange und wie oft soll der Impfwang denn da gelten? Jahrelang? Für immer? Für jeden?

Wissen Sie was? Ich selbst bin bekanntermaßen geimpft und zwar doppelt.

(Heiterkeit von der CDU und der SPD – Unruhe – Glocke)

Ich habe das früh gemacht, weil ich Verantwortung trage. Ich trage seit bald 30 Jahren Verantwortung für die Menschen, die mir als Betreiber von Heimen für psychisch Kranke anvertraut sind; Verantwortung für meine Bewohner genauso wie für meine Mitarbeiter. Niemals aber käme ich auf die Idee, meine Bewohner oder Mitarbeiter dazu zu zwingen, denn genau dies wäre verantwortungslos.

(Beifall von der AfD)

Wissen Sie eigentlich, welchen Schaden Sie mit Ihrer autoritären Hysterie anrichten? Eine Bekannte hat sich vor zwei Wochen davon anstecken lassen; nicht von Corona, sondern von Ihrem Unsinn. Sie war genesen, doppelt geimpft und wollte sich nun unbedingt boostern lassen – so steht es ja in der Zeitung, so sagen es doch die Politiker. Und der Zwang kommt auch dazu.

Das Ergebnis war: Sie kippte um und war zwei Stunden weg, denn sie hatte mehr als genug Antikörper im Blut. Eine weitere Impfung war völlig unsinnig.

Die Tage sitze ich mit einem Freund beim Bier. Er hat mir offenbart, er hatte, wie viele andere, unbemerkt Corona und ist daher ebenso unbemerkt genesen. Wir haben zwischen fünf und zehn Millionen Genesene im Land. Seine Ärztin hat einen Antikörperwert von über 2.000 festgestellt. „Was soll ich denn machen“, fragte er, „wenn die Impfpflicht kommt? Es kann doch nicht gut für mich sein, mich doppelt und dreifach impfen zu lassen, obwohl ich genesen bin.“

Nein, meine Damen und Herren, das muss tatsächlich nicht gut sein. Ich verspreche Ihnen: Ich werde mich für diese Menschen einsetzen. Wir als AfD werden uns für diese Menschen einsetzen. Mit uns gibt es keine Impfpflicht.

(Beifall von der AfD)

Die BILD hat dankenswerterweise ein paar Aussagen dazu von Ihnen dokumentiert. Jens Spahn versprach, dass alle Beschränkungen fallen können, wenn zwei Drittel der Bevölkerung geimpft sind. – Fakt ist: Aktuell sind rund 68 % der Deutschen geimpft. Die Maßnahmen werden immer strenger.

SPD-Experte Karl Lauterbach erklärte noch im April, dass der Impfschutz für die meisten gegen schwere Krankheit für ein Jahr, vielleicht länger halte. – Fakt ist: Die STIKO rät nach sechs Monaten zur Auffrischung für über Siebzigjährige. Die Regierung will Boosterpikse für alle.

Kanzleramtsminister Helge Braun versprach im März: Wenn wir jedem in Deutschland ein Impfangebot gemacht haben, dann können wir zur Normalität in allen Bereichen zurückkehren. – Fakt ist: Die Regierung droht jetzt mit dem nächsten Lockdown.

Die Unionsfraktion teilte im Dezember letzten Jahres mit, dass es auch durch die Hintertür keine Impf-

pflicht geben wird. – Fakt ist: Jetzt soll sie sogar durch die Vordertür kommen.

Das Robert-Koch-Institut erklärte im April, dass Geimpfte für das Pandemiegeschehen wahrscheinlich kaum eine wesentliche Rolle spielten, da sie kaum ansteckend seien. – Fakt ist: Auch Geimpfte sind ansteckend und ansteckbar. Laut RKI waren unter den über 60-Jährigen zuletzt über 60 % der symptomatischen Coronafälle geimpft.

Die Liste all dieser Zitate, die Ihre gebrochenen Versprechen und Ihre mangelhafte Weitsicht zeigen, könnte ich beliebig verlängern.

Wer aber prophezeite: „Diese Politik wird sich so sehr in ihren Fehlern verheddern, dass es irgendwann zur Impfpflicht kommt“, der war was? – Der war Verschwörungstheoretiker, Schwurbler und Rechtspopulist. Selten gab es eine Zeit, in der angebliche Verschwörungstheorien schneller wahr wurden als heute. Selten gab es eine Zeit, in der angebliche Rechtspopulisten sich so viele Euro als Wahrsager hätten dazuverdienen können. Selten gab es eine Zeit, in der Unfähigkeit und Überforderung schneller zu solch eklatanten Wortbrüchen führte als heute.

(Beifall von der AfD)

Wir hingegen setzen auf positive Maßnahmen. Ich habe Sie schon öfter gefragt: Warum wird in die Erforschung von antiviralen Medikamenten nicht genauso investiert wie in die Impfung? – Anstatt alle fünf Monate zwangsweise zu impfen, ist es doch sinnvoller, die Symptome mit einem Medikament zielgenau zu behandeln. Oder wollen Sie selbst dann eine Impfpflicht, wenn wir Corona vernünftig behandeln können? – Diese Frage stelle ich mir tatsächlich.

Ich frage mich wirklich: Warum denken Sie nicht in diesen positiven Optionen? Warum setzen Sie nicht auf den Fortschritt der Medizin und befördern ihn? Warum haben Sie die Lösungen bis heute nicht in den Blick genommen?

In den USA gibt es jetzt die ersten Zulassungen für Anticoronamedikamente. Diesen Ansatz müssen wir weiter ausbauen.

Sehen wir – und damit komme ich zum Schluss – auf Schweden: Was haben Sie dieses Land verteufelt. Es hat Ihnen nicht gepasst, dass dort nicht autoritär, sondern ganz ohne Zwang und Lockdown gearbeitet wird. Heute sehen wir niedrigere Inzidenzen, deutlich weniger Patienten in den Krankenhäusern und viel weniger Tote – ganz ohne Lockdown, ganz ohne Impfpflicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter, Wagner. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Der widerspricht jetzt Löttgen und Wüst!)

Dr. Joachim Stamp*, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Manchmal ist der Platz auf der Regierungsbank auch eine Zumutung, was die Zuhörer angeht, die man ertragen muss.

(Helmut Seifen [AfD]: Sie sind ein Armer! – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Deswegen will ich an dieser Stelle ausdrücklich sagen, dass ich das dem Ältestenrat und dem Präsidium persönlich mitteilen werde. Auch wenn wir oft unterschiedlicher Auffassung sind, Frau Kollegin Schäffer, haben Sie meine volle Unterstützung, wenn Ihre Integrität als Abgeordnete, Fraktionsvorsitzende und Mutter hier von einer Fraktion mit widerlichen Zuhörern infrage gestellt wird. Das ist für mich nicht akzeptabel.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Es hätte der Debatte heute gut getan, wenn man gewürdigt hätte, was Bund und Länder jetzt gemeinsam auf den Weg bringen wollen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns kein parteipolitisches kleines Karo, sondern, dass die politischen Parteien versuchen, ohne parteipolitische Geländegewinne Lösungen zu erarbeiten, mit denen wir so schnell wie möglich aus der Krise kommen.

Deswegen sage ich: Es ist wichtig, dass wir auf einem Kurs sind, mit dem wir zu Verständigung kommen und die Logistikprobleme beim Boostern und beim Impfen in den Griff bekommen wollen. Herr Kutschat, man sollte die Fehler des Bundesgesundheitsministers nicht ausgerechnet bei Karl-Josef Laumann abladen, der im Übrigen seit Wochen und Monaten gefordert hat, dass Apotheker und Zahnärzte mit einbezogen werden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wo ist der eigentlich? – Nadja Lüders [SPD]: Der boostert gerade auf dem Golfplatz!)

Auch ich habe das öffentlich getan. Wir sind froh, dass wir jetzt gemeinsam in diese Richtung kommen. Es ist doch sehr viel wichtiger und ein sehr viel größerer Erfolg, dass wir das jetzt gemeinsam auf den Weg bringen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es hilft doch nichts, eine solche Tonlage anzuschlagen und Führungsqualitäten infrage zu stellen, obwohl hier eine ganz schwierige und differenzierte Entscheidung in ganz vielen komplexen Fragen – im Übrigen auch rechtlicher Natur – zu treffen ist. Ich möchte Sie fragen: Was wäre denn gewesen, wenn wir jetzt angekündigt hätten, dass wir nur noch Geisterspiele machen? Dann wären Sie doch die ersten

gewesen, die im Oppositionsreflex gesagt hätten: Jetzt will der MP den neuen Söder geben.

(Margret Voßeler-Deppe [CDU]: Ja!)

Ich bitte auch im Umgang mit und in der Kritik an der Landesregierung um Maß und Mitte. Es ist notwendig und richtig, dass Sie auch Änderungen vorschlagen, aber lassen Sie uns in der Tonalität nicht nach draußen vermitteln, wir würden nicht gemeinsam an Lösungen arbeiten, um diese Krise in den Griff zu bekommen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Das will ich an einer Stelle noch mal weiter verdeutlichen. Lassen Sie uns bitte nicht erneut aus einem Oppositionsreflex heraus in dieser Form diese Irrsinnisdebatte um mobile Luftfilter führen. Es ist unverantwortlich. Ich habe das hier schon einmal gesagt: Das Umweltbundesamt hat ganz bewusst gegen den flächendeckenden Einsatz von mobilen Luftfiltern argumentiert, ...

(Frank Müller [SPD]: Das stimmt nicht! – Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist unwahr!)

– Herr Zimkeit, lassen Sie mich bitte mal ausführen, warum die so argumentiert haben.

... damit nicht der Eindruck entsteht, mobile Luftfilter würden das Lüften in den Klassenräumen ersetzen.

(Frank Müller [SPD]: Das hat doch nie einer behauptet! – Monika Düker [GRÜNE]: Wer sagt das denn?)

Deswegen sind die mobilen Luftfilter für Räume da, in denen nicht entsprechend gelüftet werden kann. Dafür gibt es auch die entsprechenden Programme.

Lassen Sie uns hier aus dieser Plenardebatte das Signal senden – ich sage das umgekehrt auch meinen Kolleginnen und Kollegen in den anderen Landesparlamenten, die dort in der Opposition sind –: Es gibt etwas Wichtigeres als kurzfristige Oppositionsgeländegewinne. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung dafür, dass auch in den Klassenräumen entsprechend umgesetzt wird, was die Aerosolforscher sagen. Wir kommen demnach am Stoßlüften nicht vorbei, wenn wir dort für mehr Sicherheit sorgen wollen. Das muss das Signal aus diesem Parlament sein.

Suggestieren Sie aus einem Oppositionsreflex heraus nicht etwas anderes. Das brauchen wir nicht, und Sie haben es auch nicht nötig.

(Beifall von Ralph Bombis [FDP], Stephan Haupt [FDP] und Margret Voßeler-Deppe [CDU] – Frank Müller [SPD]: Das ist kein Reflex! – Weitere Zurufe)

Also lassen Sie uns doch jetzt ...

(Fortgesetzte Zurufe – Glocke)

– Ja, Herr Zimkeit!

(Zurufe von der SPD: Herr Müller war das! – Matthias Kerkhoff [CDU]: Herr Zimkeit ist meistens richtig! – Weitere Zurufe)

– Ah, Herr Müller. Auch an Herrn Müller: Lassen Sie uns doch die Argumente hier vernünftig austauschen.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD] – Zuruf von Jochen Ott [SPD]: Herr Müller! – Zuruf von Ralf Jäger [SPD] – Weitere Zurufe)

Lassen Sie uns hier nicht in eine Art und Weise von Vorwahlkampfauseinandersetzungen verfallen, die die Bürgerinnen und Bürger nicht von uns erwarten. Am Ende schadet das uns allen und nutzt eher dem Virus. Deswegen sollten wir gemeinsam sehen, dass wir aus dieser Krise herauskommen.

(Nadja Lüders [SPD]: Dann machen Sie es doch endlich mal!)

Ich glaube, dass die Vereinbarungen, die Bund und Länder jetzt auf den Weg bringen, ein guter Schritt in die richtige Richtung sind und wir hier bald richtig vorankommen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kann ich dann die Aussprache zu dieser Debatte schließen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben insgesamt zwei Abstimmungen durchzuführen.

Erstens stimmen wir ab über den Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/15781. Die beiden antragstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt. Wer also dem Inhalt des Antrages zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die beiden antragstellenden Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und die AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Antrag Drucksache 17/15781** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis abgelehnt.

Wir kommen zur zweiten Abstimmung, diesmal über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/15793. Auch hier haben die antragstellenden Fraktionen direkte Abstimmung beantragt. Wer also dem Inhalt dieses Antrages zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Gegenstimmen? – Bei der AfD sind die Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis abgelehnt.

mungsergebnis der **Antrag Drucksache 17/15793**
angenommen.

Wir sind um 14:38 Uhr am Ende der heutigen Plenarsitzung angelangt. Ich wünsche allen einen angenehmen weiteren Arbeitstag. Bleiben Sie gesund.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14:38 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.